Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2013-02-11

Dezernat/ Amt: Gesellschaft für
Beteiligungsverwaltung
Bearbeiter/in: Herr Kutzner
Telefon: (03 85) 5 45 11 64

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01394/2013

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Hauptausschuss
Ausschuss für Finanzen
Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Gründung eines Gemeinsamen Kommunalunternehmens mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim

Beschlussvorschlag

1. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin errichten auf der Grundlage des § 167 b, Absatz 1, Ziff. 1, i.V.m. § 70 KV M-V eine Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen).
2. Hierzu schließen der Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin den in Anlage 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag gemäß § 167 b Absatz 1 mit der als Anlage 2 beigefügten Unternehmenssatzung gemäß § 167 b Abs. 3 i.V.m. § 70 Absatz 5 KV M-V.
3. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die für die Gründung des Kommunalunternehmens erforderlichen Erklärungen abzugeben. Weiterhin wird die Oberbürgermeisterin ermächtigt, im Zuge des Genehmigungsverfahrens erforderliche Änderungen der unter Ziffer 2 aufgeführten Verträge vorzunehmen, sofern der Inhalt dadurch nur unwesentlich verändert wird. Hierüber sind die Gremien unverzüglich zu informieren.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Sowohl der Altkreis Ludwigslust als auch die Landeshauptstadt Schwerin haben bereits vor mehreren Jahren ihren IT-Betrieb ganz oder zu wesentlichen Teilen aus der Verwaltung ausgegliedert. In diesem Zusammenhang hatte sich die damals neu gebildete SIS bereits um die Leistungserbringung für den Landkreis Ludwigslust beworben.

Mit der Novellierung der Kommunalverfassung zum 04.09.2011 ist den Kommunen und

Landkreisen nun auch in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit eröffnet worden, im Rechtsrahmen des öffentlichen Rechts in Form eines Kommunalunternehmens (auch als AöR bezeichnet) zusammenzuarbeiten. Die Übertragung der Aufgaben erfolgt durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag.

Ein gemeinsames Kommunalunternehmen ermöglicht auch die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben mehrerer Gebietskörperschaften.

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin beabsichtigen, in der neu zu gründenden AöR zunächst im Bereich der IT-Leistungen zusammenzuarbeiten. Die Landeshauptstadt überträgt darüber hinaus die bisher ebenfalls von der SIS wahrgenommenen Aufgaben der Personalabrechnung. Dazu werden die bisher von der Landeshauptstadt Schwerin gehaltenen Dienstleistungsverträge mit der SIS in die AöR übertragen.

Die beiden Gebietskörperschaften übertragen die im öffentlich-rechtlichen Vertrag genannten Aufgaben vollständig auf das Kommunalunternehmen. Hierbei handelt es sich aus Sicht der Landeshauptstadt Schwerin um folgende Aufgaben:

- a. Betrieb eines kommunalen Rechenzentrums
- b. Systembetreuung für zentrale IT-Verfahren und –Systeme
- c. Zentrale Beschaffung von Hard- und Software
- d. Koordinierung und zentrale Beschaffung von notwendigen externen IT-Dienstleistungen
- e. Userbetreuung durch einen zentralen Helpdesk
- f. Anwendungsbetreuung für die eingesetzten Fachverfahren
- g. Sicherstellung einer kontinuierlichen Verbesserung der IT-Unterstützung und Planung von IT-Projekten
- h. Projektleitung und Projektbearbeitung im Rahmen der übertragenen Aufgaben
- i. Bezügerechnung für die Bediensteten der Landeshauptstadt und ihrer Eigenbetriebe
- j. Besoldung für die Beamten der Landeshauptstadt und ihrer Eigenbetriebe
- k. Familienkasse für die Landeshauptstadt und ihre Eigenbetriebe
- l. Aufgaben gemäß den Buchstaben a. – k. , soweit sie bisher von der Landeshauptstadt für Dritte wahrgenommen werden.

Die Finanzierung erfolgt mittels eines Umlageverfahrens basierend auf der bei der Gründung der SIS entwickelten Verfahrensweise – die Kostenzuordnung erfolgt auf die einzelnen in den Servicescheinen definierten Services, so dass für jeden Service eine detaillierte Umlageermittlung erfolgt.

Durch die Gründung einer AöR und dem damit verbundenen kooperativen Ansatz bei der Leistungserbringung im Bereich des IT-Services für die Landeshauptstadt Schwerin und den Landkreis Ludwigslust-Parchim können zukünftig noch weitere Synergieeffekte erzielt werden.

2. Notwendigkeit

§ 22 Abs. 3 Ziffer 10 KV M-V

3. Alternativen

Beibehaltung des bisherigen Zustandes / keine interkommunale Zusammenarbeit

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Durch das Kommunalunternehmen sollen die Arbeitsverhältnisse in der Region erhalten und dauerhaft gesichert werden. Zielstellung ist die Leistungserbringung für die Region von der Region.

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Beide Partner des Kommunalunternehmens gehen davon aus, dass die vom Kommunalunternehmen erbrachten Leistungen als Beistandsleistungen für die Gebietskörperschaften zu werten sind und damit Umsatzsteuer nicht anfällt. Diese Beurteilung ist von der bestehenden Finanzverwaltungsauffassung sowie Verwaltungspraxis gedeckt.

Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass hier in Zukunft insbesondere auch aus europarechtlichen Vorgaben eine andere Beurteilung vorzunehmen ist.

Aktuell wird ab 2014 zunächst eine Einsparung in einer Größenordnung von mehr als 50 T€ **auf Basis des bisherigen Leistungsumfangs** erwartet.

Darüber hinaus eröffnet die AöR für die Landeshauptstadt Schwerin die Erzielung von Synergieeffekten aus der gemeinsamen Nutzung von verwaltungstypischen Softwarelösungen gemeinsam mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim, deren Höhe im derzeitigen Stadium der Projektes noch nicht konkret beziffert werden kann. Diese Effekte könnten sich dann noch vergrößern, wenn weitere kommunale Partner der AöR beitreten.

Für das Stammkapital ist im Haushaltsplanentwurf 2013 eine Position vorgesehen (Produkt Beteiligungsverwaltung).

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

- Entwurf öffentlich-rechtlicher Vertrag
- Entwurf Satzung Kommunalunternehmen

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin